



## Inhalt

### seite 1

Wir laden ein zur Mitarbeit .....1

### Netzwerke

Neue Mitglieder für die XING-Gruppe „Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen“ gesucht .....2

### AGS vor Ort

AGS Gelsenkirchen mit neuem Vorstand.....3

### Handel

„Mitternachtsshoppen oder Arbeitsschutz?“ – Bericht der Veranstaltung von AfA/AGS .....4  
Nahversorgung im ländlichen Raum.....6

### AGS-Landeskonferenz

Fotos und Wahlergebnisse .....6

### Wirtschaft /Arbeit in NRW

Wirtschaftsminister Harry K. Voigtsberger im Interview .....7  
André Stinka, Rainer Schmeltzer: „Guter Lohn für Gute Arbeit“ ....8

### Energie und Umwelt

Energiewende: „An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!“ .....8

### Finanzen

„Gut, wenn der Mittelstand genug Mittel hat!“ .....9

### Sozialversicherung

Von der Leyens „Lösung“ ist nicht akzeptabel .....10  
Diskussionspapier des „AK Solo-Selbständige“ .....11

### Wahlkampf in NRW

Die AGS ist dabei! .....13

### Terminhinweis

Wirtschaftspolitisches Gespräch mit Garrelt Duin am 16.04. in Sundern .....14

### Service

Weitere Termine .....14  
Impressum .....14

### AGSNRW interaktiv

**eMail:** info@ags-in-nrw.de

**Internet:** www.ags-in-nrw.de

**Facebook:** AGSNRW

**Twitter:** @agsnrw

Fortsetzung von Seite 1

Berlin überfordert. Seine „Energiewende“ ist am eigenen Unvermögen und dem Widerstand der FDP gescheitert. Das geht zu Lasten der Umwelt. Und konkret und zeitnah zu Lasten des Handwerks (↗Seite 8).

Seinen Nebenjob als CDU-Spitzenkandidat in NRW hat er wohl deshalb „an der Backe“, weil kein/e andere/r CDU-Mann/Frau bereit war, die drohende Niederlage zu verantworten. Aber auch Norbert Röttgen tut das nur widerwillig und halbherzig.

Widerwillig, weil er den CDU-Landesverband nur übernommen hat, um sich in Berlin mit der NRW-CDU im Rücken besser behaupten zu können. Ein Fehler! Bekanntlich schwebt jeder, der die NRW-CDU (mit gewetztem Messer) im Rücken spürt, in politischer Lebensgefahr.

Er hat sich diese Suppe selbst eingebrockt. Aber auslöffeln will er sie nur,

wenn sie ihm schmeckt. Denn halbherzig ist Röttgen nicht bereit, sich konsequent zu NRW zu bekennen.

In Berlin wird sein Fehlen während des Wahlkampfes weitgehend unbemerkt bleiben. Sein Ministerium betreibt ohnehin nur Alibipolitik für Schwarz/Gelb.

### Und nach dem 13. Mai?

Dann wird sich Dr. Norbert Röttgen wohl besonders an die folgenden Zeilen erinnern: „Ich habe noch einen Koffer in Berlin. Deswegen muss ich nächstens wieder hin ...“

Wir wünschen eine gute Fahrt. Ohne Rückfahrkarte!



Glück auf!

**André Brümmer**

Vorsitzender der AGSNRW

# NETZWERKE

## XING: „Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen“ Wir suchen neue Mitglieder

Vor etwa einem Jahr gründete Martin Heidingsfelder, AGSler aus Erlangen, Mitglied im Landesvorstand der AGS Bayern und nicht erst seit Gründung der Plattform „VroniPlag“ bundesweit bekannt, die Gruppe „Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen“ im Business Network XING.

Da die XING-Nutzungsbedingungen eine allzu offene (partei-) politische Betätigung ausschließen, fehlt der Zusatz „in der SPD“ im Gruppennamen nicht zufällig. Die Gruppe steht allen etwa 5 Mio. XING-Usern in Deutschland/Österreich/Schweiz offen.

Als politische Organisation wollen wir aus grundsätzlichen Erwägungen hier nicht zu einer Mitgliedschaft bei XING aufrufen. Dennoch gibt es schon heute viele Hundert Mitglieder der SPD (und auch der AGS), die das in ihrem Benutzerprofil auch entsprechend angeben. Wir bitten daher alle AGS-Mitglieder, die XING bereits nutzen, dieser Gruppe beizutreten, um unsere Präsenz und unser Know-how zu verstärken und dort auch zu diskutieren.

### Zur XING-Gruppe:

↗ <https://www.xing.com/net/prieg7529x/ags/>

# AGS VOR ORT

## AGS Gelsenkirchen

### „Ein roter Faden, der alles verbindet ...“ – AGS Gelsenkirchen wählt neuen Vorstand

10.03.2012/GE. Dass die Mitglieder der – 150 Köpfe zählenden – Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD (AGS) Markus Töns MdB zur Wahl-Jahreshauptversammlung mit Themen zur Mittelstandspolitik erwarten durften, war klar. Überraschend dagegen war die Methode, mit der die Vorsitzende Eva-Maria Siuda die versammelten Mitglieder in die Präsentation des Rechenschaftsberichts einbezog.

„Symbolisch knüpften wir in der Versammlung den in SPD-rot gehaltenen Wollfaden zu einem Netz, gefüllt mit Impulsen, Assoziationen und an die Wand geworfenen Bildern gelungener Veranstaltungen, die sich im Rechenschaftsbericht wieder fanden“, beschreibt Siuda.

„Menschen einzubeziehen, sie ernst zu nehmen und ihnen Mitwirkungsmöglichkeiten zu bieten“, so sagt sie, „ist meine Grundhaltung. Schließlich ist das Ganze immer mehr als die Summe seiner Einzelteile!“

Damit konnte sich das Ergebnis der Vorstandsaktivitäten der letzten zwei Jahre sehen lassen! Ein fünfköpfiges Leitungsteam organisierte zahlreiche parteioffene Veranstaltungen für Selbständige (Stammtische, politische Veranstaltungen, Betriebsbesichtigungen, Tanzkurs), baute den Kontakt zu Interessenverbänden auf (u.a. zur IHK), formulierte politische Anträge zur Verbesserung der Einkommenssituation von Selbständigen in der Weiterbildung, gegen die Kürzung des Gründungszuschusses oder ein Positionspapier zur Mittelstandspolitik in Gelsenkirchen, baute (teils überregionale) Netzwerke auf und wirkte in verschiedenen Arbeitskreisen auf kommunaler und Landesebene mit.

„Einer unserer inhaltlichen Schwerpunkte ist die Unterstützung ‚Soloselbständiger‘ und ‚Kleinunternehmer‘, denn diese machen mehr als 70 % aller Selbständigen – auch in unserer Organisation – aus“, weiß Daniel Ennever zu berichten.

Das rote Netz weiter und dichter zu spannen ist nun Ziel des am 6.3.2012 neu gewählten Vorstandes, bestehend aus Eva-Maria Siuda (Vorsitzende), Daniel Ennever, Wolfgang Möllers, Ulrich Daduna und Roland Przytulski als Stellvertreter, sowie Ursula Wichmann, Jörg Bartsch, Jürgen Niederschmidt, Andreas Höcker, Albert Ude und Dr. Ingo Westen als Beisitzer/-innen.



Für weitere Fragen stehe ich gerne zur Verfügung!

#### Eva-Maria Siuda

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Selbständige (AGS)  
SPD-Unterbezirk Gelsenkirchen  
Gabelsbergerstraße 15  
45879 Gelsenkirchen  
Mobil: 0173 5428784

# HANDEL

## Gemeinsame Veranstaltung von AfA und AGS zu Ladenöffnungszeiten „Mitternachtsshoppen oder Arbeitsschutz?“

Ein Thema, das uns alle angeht – vor allem deshalb, weil wir sowohl Konsumenten als auch Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind. Die Ladenöffnungszeiten sind ein komplexes Thema, das die Gesellschaft spaltet: In Betroffene, Opfer und Nutznießer. Es ist deshalb wichtig, dieses Problem von verschiedenen Seiten aus zu beleuchten.

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in Nordrhein-Westfalen hatte in Zusammenarbeit mit der AGSNRW zu einer öffentlichen Veranstaltung am 29.02.2012 nach Dortmund eingeladen. Es wurde die Frage gestellt, welche Veränderungen beim Ladenöffnungsgesetz (LÖG) notwendig sind.

Die Antworten fielen erwartungsgemäß äußerst unterschiedlich aus – das war bei der Besetzung des Podiums auch nicht anders zu erwarten.

Es wirkten mit: **Thomas Eiskirch**, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, **Thomas Schäfer**, Hauptgeschäftsführer Einzelhandelsverband Westfalen Münsterland e.V., **Reiner Kajewski**, ver.di Dortmund, **Armin Jahl**, Landesvorsitzender der AfA NRW sowie **André Brümmer**, Landesvorsitzender der AGSNRW.

### Ein kurzer Rückblick auf das LÖG der CDU-/FDP-Landesregierung in 2006

Schwarz-Gelb handelte damals nach dem gemeinsamen politischen Motto „Privat vor Staat“. Ihr damaliger wirtschaftsliberaler Ansatz: „Keine Reglementierung!“ Diesen Ansatz vertreten CDU und FDP bis heute! CDU/FDP beschlossen damals die völlige Freigabe der Ladenöffnungszeiten an Werktagen. Auch der „Sonntagsschutz“ wurde durch CDU und FDP ausgehöhlt.

### Das LÖ-Gesetz von 2006 schrieb eine Novellierung in 2011/2012 vor

Beiträge während einer Anhörung zu diesem Thema im Landtag (im Januar 2012) und die Stellungnahmen von Verbandsvertretern waren kontrovers. So verlief die AfA/AGS-Veranstaltung erwartungsgemäß ebenfalls nicht son-

derlich harmonisch. Thomas Schäfer vom Handelsverband vertrat wie erwartet die Beibehaltung der derzeitigen (Nicht-)Regelung. Er verwies auf Wettbewerbsprobleme mit dem Internethandel und Regelungen im benachbarten Ausland. Ganz im Sinne einer Lobby-Arbeit für Filialbetriebe in 1A-Lagen!

Reiner Kajewski, Dortmunder ver.di-Vertreter, wollte die Ladenöffnungszeiten wieder stark begrenzt sehen, im Namen der ArbeitnehmerInnen. Er wies darauf hin, dass im Gegensatz zu Polizei, Feuerwehr und Daseinsvorsorge die Arbeit in den Abend- und Nachtstunden nicht zwingend notwendig und der Arbeitsschutz ein hohes Gut sei.

Armin Jahl (AfA) wies auf durchaus differenzierte Interessen bei den ArbeitnehmerInnen hin. Die AfA würde auf ihrer Landeskonferenz Anfang Mai beraten und Vorschläge an die Landtagsfraktion übermitteln.

Thomas Eiskirch MdL widersprach einigen Presseartikeln, die von festen Plänen der Landesregierung berichtet hatten. In der Landesregierung bestehe noch erheblicher Klärungs- und Beratungsbedarf. Auch sei eine Regelung schwierig, was zum Beispiel gerichtsbeständige Formulierungen eines Gesetzentwurfes betrifft. Wie definiert



v.l.n.r.: Thomas Eiskirch MdL, Thomas Schäfer (HGF Einzelhandelsverband), Armin Jahl MdL (AfA NRW), André Brümmer (AGSNRW) und Reiner Kajewski (ver.di Dortmund)

# HANDEL

man z. B. „überwiegend“ bei der Einschränkung eines Warenangebotes?

Andre Brümmer wies auf die innerhalb der AGS ebenfalls bestehende Meinungsvielfalt hin.

Verschiedene Aspekte dazu: Für kleine Geschäfte ist die mögliche Ladenöffnung bis in den späten Abend zum Geschäftsmodell geworden. Lange Ladenöffnungszeiten bedeuten auch die Möglichkeit flexiblerer Arbeitszeiten für Elternteile und Aushilfsjobs für junge Leute.

Allerdings sind unbegrenzte Ladenöffnungszeiten

- a) aus Sicht des Arbeitsschutzes nicht vertretbar! Arbeitgeber haben Fürsorgepflicht,
- b) schädlich für den örtlichen, Inhaber-geführten Einzelhandel, werden aber von Konsumenten meist begrüßt. Verödete Klein- und Vorstädte ohne Nahversorgung wollen diese aber auch nicht.

Außerdem berichtete André Brümmer über einige – natürlich nicht repräsentative – Umfragen aus dem Aachener Raum: Bei den befragten Inhabern von REWE- und EDEKA-Märkten ergab sich der Wunsch, einheitlich um 20-21 Uhr zu schließen, wenn das Tankstellenangebot eingeschränkt wird! Der örtliche türkische Gewerbeverband sprach sich gegen jede Einschränkung durch ein neues LÖG aus. AGS-Mitglieder haben sich in einer Umfrage mehrheitlich für die Beibehaltung der uneingeschränkten Ladenöffnungszeiten ausgesprochen (siehe Beiträge in den [↗AGS:NACHRICHTEN](#), Feb. 2012, S. 7)

Als Freiberufler und gleichzeitig Konsument nimmt man dieses Angebot gerne an. Man sollte aber neben den eigenen Interessen auch sozialverantwortlich Vor- und Nachteile abwägen. Genau diese Abwägung soll eine „Arbeitsgruppe Ladenöffnungszeiten“ der NRWSPD treffen. Mitglieder sind u. a. Thomas Eiskirch, Armin Jahl und André Brümmer. ◀

*Kurz vor Redaktionsschluss:*

## **Kraft: Gegen „Auswüchse“ beim verkaufsoffenen Sonntag**

Die rot-grüne NRW-Regierung plant keine größeren Änderungen der Ladenöffnungszeiten, erklärte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft am Montagabend (19.03.). Es gehe vor allem darum, „Auswüchse“ beim verkaufsoffenen Sonntag zu begrenzen. Laut Kraft gibt es aber noch keinen Gesetzentwurf für neue Ladenöffnungszeiten. *(Quelle: WDR)*

## HANDEL UND HANDWERK

Für eine Diskussion steht auch der neue Arbeitskreis „**Handel und Handwerk**“ zur Verfügung. Alle Infos im Netz unter [↗www.ags-in-nrw.de](http://www.ags-in-nrw.de) und in unserer [↗PDF-Broschüre](#) (10 Seiten, 628 kB).

# HANDEL

## Nahversorgung im ländlichen Raum

### „Eine Herausforderung für die Zukunft“

Diese Herausforderung war Anlass für eine Veranstaltung im Dürener Kreishaus am 16.3.2012. Die IHK Aachen, die StädteRegion Aachen, die Kreise Düren, Heinsberg und Euskirchen sowie die Fachhochschule Aachen waren die Veranstalter.

Die Probleme bei der ländlichen Nahversorgung sind ein Thema, das nicht nur im Westen unseres Landes von Bedeutung ist.

Die Nahversorgung durch den Handel ist seit Jahren im Umbruch, eine flächendeckende Versorgung ist längst nicht mehr überall gewährleistet. Immer mehr Geschäfte schließen im ländlichen Raum. Damit wird die Versorgung gerade älterer und nicht mobiler Bewohner problematisch. Dazu kommt ein verändertes Mobilitäts- und Konsumverhalten der meisten Menschen – insgesamt ein Wandel, der nicht aufzuhalten ist, aber dem man mit intelligenten Lösungen be-

gegenen muss, will man die Bewohner des ländlichen Raums nicht mit den Problemen alleine lassen.

Für Bürger, die nicht in den gut versorgten Städten leben, muss ihr Lebensraum attraktiv bleiben bzw. wieder werden. Was dazu beitragen kann, versuchten Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Handel, Bürgerinitiativen und Behörden bei der IHK-Veranstaltung zu erläutern.

Gesucht waren und sind Lösungen, die Menschen im ländlichen Raum weiter verlässlich versorgen. Dafür gibt es kein Patentrezept – darin waren sich alle Beteiligten einig. Aber es wurden Lösungsansätze vorgestellt.

Ob mobile Versorgung, Fahrgemeinschaften zum Einkauf, Dorfläden in den verschiedensten Organisationsformen: Die Vielfalt der Vorschläge war beeindruckend. Dabei wurde der Dorfladen in Verbindung mit einem Treffpunkt zur Kommunikation, als Identitätsmittel für die dörfliche Gemeinschaft herausgestellt.

Dr. Michael Schaloske, Leiter des Zentrums für Ländliche Entwicklung (ZeLE) im NRW-Landwirtschaftsministerium, sieht diese Veranstaltung als Auftakt, an dem „erste Ideen für Inhalte und Konzepte für Folgeveranstaltungen in der Aachener Region zu diesem Thema entwickelt werden.“ <

# LANDESKONFERENZ

der AGSNRW am  
17.03.2012 im DGB-  
Haus Düsseldorf



Wirtschaftsminister Harry K. Voigtsberger bei seiner Rede (li.), Blick in den Saal (oben), Vorsitzender André Brümmer bei der Eröffnung (re.). Die Ergebnisse der Delegiertenwahlen stehen unter der folgenden Adresse zur Verfügung:

[www.nrwspd.de/db/docs/doc\\_39084\\_2012319121828.pdf](http://www.nrwspd.de/db/docs/doc_39084_2012319121828.pdf)

# WIRTSCHAFT IN NRW

## Wirtschaftsminister Harry K. Voigtsberger im Interview

### 3 Fragen – 3 Antworten

Anlässlich seines Besuchs unserer AGSNRW-Landeskonferenz am 17.03.2012 stellten wir einige Fragen an Harry K. Voigtsberger, unseren Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr. Wir freuen uns, dass er trotz seiner Amtsgeschäfte und seiner vielen Verpflichtungen Zeit gefunden hat, um zu aktuellen Themen Stellung zu beziehen.

**AGSNRW:** *Selbstständige Unternehmerinnen und Unternehmer brauchen vor allem ein ausreichendes Angebot an gut ausgebildeten Fachkräften. Die Fachkräfteinitiative des Landes soll hier helfen. Wie sieht die Initiative konkret aus?*

- › die Fortbildung älterer Arbeitnehmer forcieren,
- › die Frauenerwerbstätigkeit stärken oder
- › die Abwanderung von Absolventen und Spezialisten aus der Region vermeiden.

Das Tariftreue- und Vergabegesetz NRW steht für eine

- › sozial verantwortliche,
- › mittelstandsfreundliche,
- › umweltfreundliche und
- › nachhaltige Vergabe öffentlicher Aufträge.



Harry K. Voigtsberger,  
Minister für Wirtschaft,  
Energie, Bauen,  
Wohnen und Verkehr

**Minister Voigtsberger:** Bis 2016 werden infolge der Verrentung über 130.000 Naturwissenschaftler und Ingenieure in Deutschland fehlen. Die Engpässe konzentrieren sich vor allem auf diejenigen Berufsgruppen und Branchen, die für die technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands und Nordrhein-Westfalens am wichtigsten sind.

Hierzu zählen u. a. der Maschinenbau, die Metall- und Elektroindustrie, den Fahrzeugbau und die unternehmensnahen Dienstleistungen. Die Fachkräfteinitiative setzt genau hier an. Jede Region kann auf die jeweils unterschiedlichen Situationen vor Ort individuell reagieren, zum Beispiel:

- › die Ausbildung ausbauen, besonders in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT),

**AGSNRW:** *Viele selbstständige Unternehmerinnen und Unternehmer beteiligen sich auch an öffentlichen Ausschreibungen des Landes. Kommt das neue Tariftreue- und Vergabegesetz hier für die Wirtschaft nicht eher erschwerend als fördernd?*

**Minister Voigtsberger:** In Nordrhein-Westfalen sollen in Zukunft keine öffentlichen Beschaffungen mehr durchgeführt werden, ohne Rücksicht auf soziale und ökologische Belange zu nehmen. Bieter, die im Vergabeverfahren untertariflich anbieten, sollen sich nicht auf Kosten redlicher Unternehmen Wettbewerbsvorteile verschaffen.

Auch der Grundsatz von gleichem Lohn für gleiche Arbeit für Leiharbeiter ist im Gesetz verankert, wie auch die Festlegung sogenannter „repräsentativer Tarifverträge“ im ÖPNV. Die Tarifvertragsparteien werden im Rahmen einer paritätisch besetzten Arbeitsgruppe an der Auswahl der als „repräsentativ“ festzulegenden Tarifverträge mitwirken.

**AGSNRW:** *Nichts desto trotz fürchten die Unternehmen durch das Tariftreue- und Vergabegesetz mehr Bürokratie? Ist die Sorge berechtigt?*

**Minister Voigtsberger:** Im Vergleich zum Tariftreuegesetz 2002 vereinfachen wir das Verfahren:

Im Rahmen einer Eigenerklärung müssen die Bieter lediglich die Frage beantworten, ob ihr Unternehmen tarifgebunden ist oder nicht, und ob eine tarifvertragliche Bindung besteht, die Mindestentgelte von mindestens 8,62 EUR vorsehen. Ist dies der Fall ist, muss die Eigenerklärung nur noch unterschrieben werden.

Sieht ein Haustarifvertrag oder eine tarifvertragliche Bindung Entgelte unter dem im Gesetz verankerten Mindestlohn vor, muss der Bieter bestätigen, dass er die im Rahmen der Auftragsausführung eingesetzten Mitarbeiter mit mindestens 8,62 Euro entlohnt.

Eine vertiefende Prüfpflicht für den öffentlichen Auftraggeber besteht nur dann, wenn es Anhaltspunkte gibt, dass die abgegebene Erklärung falsch

## WIRTSCHAFT IN NRW *(Forts.)*

ist oder das Angebot im Vergleich zu den Angeboten der anderen Bieter unangemessen niedrig erscheint. Diese Vorgabe besteht jedoch grundsätzlich im Vergaberecht und ist nicht erst durch das Tariftreue- und Vergabegesetz NRW ausgelöst. Fazit: Das Tariftreue- und Vergabegesetz NRW wird kein „Bürokratiemonster“! Viele Regelungen im Gesetz sind bereits durch Entwicklungen im Europäischen Vergaberecht angelegt. Anders als in unserem Tariftreue- und Vergabegesetz, befinden sie sich in diversen unterschiedlichen Rechtsgrundlagen. Um die Transparenz für öffentliche Auftraggeber zu erhöhen, haben wir die entsprechenden Vorgaben in unserem Gesetz zusammengefasst und werden diese noch über eine Rechtsverordnung konkretisieren.

**AGSNRW:** *Wir danken herzlich für das Gespräch und die Beantwortung unserer Fragen!*

## ARBEIT IN NRW

### **André Stinka MdL und Rainer Schmelzter MdL „Guter Lohn für Gute Arbeit.“**

**Unter diesem Motto stand ein Wortbeitrag des stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Rainer Schmelzter, der auf der Klausurtagung des SPD-Unterbezirks Coesfeld zu Gast war.**

Rainer Schmelzter berichtete auf der Klausurtagung des SPD-Unterbezirks Coesfeld über das neue Tariftreue- und Vergabegesetz der Rot/Grünen Landesregierung, das im Dezember 2011 verabschiedet worden ist. Ziel dieser gesetzlichen Grundlage ist es, dass bei öffentlichen Ausschreibungen nur Unternehmen zum Zuge kommen, die fair mit Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgehen. „Fair heißt“, so André Stinka, SPD MdL, „dass nun nicht mehr nur das billigste Angebot den Zuschlag bei öffentlichen Aufträgen erhält, sondern Unternehmen die vergabespezifische Mindestlöhne zahlen.“

Gleichzeitig – und auch das fand breite Zustimmung bei den Sozialdemokraten – werden Leiharbeiter den regulär beschäftigten gleichgestellt.

Den versammelten SPD-Kommunalpolitikern verdeutlichte Schmelzter und Stinka, dass auch die Frage des evtl. Kostenausgleichs für evtl. Kontrollen an die Gemeinden im Gesetz festgelegt ist. „Wenn wir eine Leistung erwarten, wird die auch bezahlt“, so Rainer Schmelzter. „Wir reden nicht nur sonntags über faire Arbeitsbedingungen wie Frau Merkel, sondern wir handeln im Land konkret“, stellte Stinka abschließend fest. <

## ENERGIE UND UMWELT

### **Umweltminister Röttgen und die Energiewende „An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!“**

**Und in der Tat: Taten kann man bei der Energiewende-Politik von Bundesumweltminister Röttgen nicht erkennen, eher Untaten.**

Wie sieht die Energiewende a la Röttgen aus? Praktisch ist sie eher die Wende von der Wende. Im Klartext: Die Bundesregierung hat beschlossen, die Solarförderung abermals drastisch herunterzufahren.

Dieser unselige „Deal“ zwischen Röttgen und Bundeswirtschaftsminister Rösler führt zu erheblichen Protesten, nicht nur in Berlin. Dort sind kürzlich mehr als 10.000 Demonstranten einem Aufruf der Gewerkschaften, der

Deutschen Umwelthilfe und des Bundesverbandes Solarwirtschaft gefolgt, um gegen die Energiewende-feindliche Politik der Bundesregierung zu protestieren. Selbst für Berlin war das keine kleine Demo!

## ENERGIE UND UMWELT (Forts.)

Doch Dr. Röttgen verteidigt weiter die Bankrotterklärung seines Ministeriums. Kritik übt die SPD wegen der 100.000 Arbeitsplätze in der Photovoltaik-Wirtschaft, die Röttgen in Gefahr bringt. Auch die Industrieverbände gehen bei diesem Thema auf deutliche Distanz zur Bundesregierung.

Auch das Handwerk ist zunehmend in Sorge um diese erneute Wende. Ingolf Jakobi, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes des Deutschen Elektro- und Informationstechnischen Handwerks: Mit den geplanten Kürzungen erreicht die Photovoltaik die Grenzen der Attraktivität. Die Energiewende und damit der Atomausstieg geraten in Gefahr *(Quelle: Deutsches Handwerksblatt)*.

Neben den zahlreichen Fördereinschnitten beklagt das Handwerk insbesondere das Fehlen einer angemessenen Übergangsfrist bis zum Wirksamwerden der neuen EEG-Regelungen. Verlässliche Umwelt- und Wirtschaftspolitik sieht anders aus!

Die Bundesregierung wird besonders scharf für die geplante „Verordnungsermächtigung“ kritisiert, die der Regierung Handlungsfreiheit bei zukünftigen Fördereinschnitten gewähren soll. Diese Entmachtung des Parlaments sollte auch die CDU- und FDP-Bundestagsabgeordneten alarmieren. Oder genügt denen ihre Rolle als Kanzlerinnen-Wahlverein? <

## FINANZEN

### Mittelstandsfinanzierung der Spk Aachen

## „Gut, wenn der Mittelstand genug Mittel hat.“

**So lautet eine Feststellung der Sparkasse Aachen. Aber es bleibt nicht bei dieser Feststellung. Die Sparkasse Aachen tut auch was dafür, dass der Mittelstand über genügend Mittel verfügt!**

Im Februar 2012 startete sie die „Mittelstandsoffensive 2012“. Damit beweist die Sparkasse erneut ihre verlässliche Partnerschaft mit der Klein- und Mittelständischen Wirtschaft. Die Sparkasse Aachen ist dabei nur ein Beispiel. Ähnliche Programme bieten auch die Sparkassen anderer Regionen an.

#### Hier ein Auszug aus dem Programm-Flyer der Sparkasse Aachen:

Die Sparkasse Aachen unterstreicht ihre konstante und verlässliche Kreditpolitik mit der jährlichen Neuauflage ihrer Mittelstandsoffensive. In diesem Jahr stehen Investitionen in Energieeffizienz und grüne Technologie im Mittelpunkt.

Private Immobilienbesitzer, die ihre Wohn- und Gewerbeobjekte mit dem heimischen Handwerk energieeffizient modernisieren, erhalten besonders günstige Kredite. Unternehmer und Handwerker der Region unterstützen wir bei ihren Investitionen mit maßgeschneiderten Finanzierungen und stellen die Kreditmittel der Förderbanken sowie Leasing-Finanzierungen mit Zinsvergünstigungen zur Verfügung.

Als Besonderheit bieten wir den Unternehmen der Region eine zinsgünstige Finanzierung für die Investition

in Elektroautos. Wir möchten auf diese Weise einen Anreiz geben, in diese zukunftsweisende Technologie zu investieren.

#### 20 Mio. Euro für Energieeffizienz

Ihre energieeffizienten Modernisierungen unterstützen wir mit einem Zinsnachlass auf die Förderprogramme der KfW und NRW.BANK

#### 20 Mio. Euro für Investitionsfinanzierungen

Für Investitionen in Ihr Unternehmen geben wir Ihnen einen attraktiven Rabatt auf die Programme der KfW, der NRW.BANK und der Landwirtschaftlichen Rentenbank. Die Investition in Elektroautos fördern wir mit einem Sonderzins.

#### 20 Mio. Euro für Leasing

Ihre gewerbliche Leasingfinanzierung fördern wir mit 20% Rabatt auf den Zinsanteil Ihrer Leasingrate.

#### Mehr Informationen:

[www.sparkasse-aachen.de/mittelstand](http://www.sparkasse-aachen.de/mittelstand)

# SOZIALVERSICHERUNG

## Altersvorsorgepflicht für Selbständige

### Von der Leyens „Lösung“ ist nicht akzeptabel

**Das Problem der Altersvorsorge von Selbständigen wird stetig größer. Je mehr Selbständige zu den Geringverdienern gehören (insbesondere viele Solo-Selbständige!), desto deutlicher wird die Notwendigkeit einer praktikablen Lösung. Die aktuellen Vorschläge von Bundesarbeitsministerin von der Leyen können zur Lösung des Problems nicht beitragen!**

Die AGS fordert seit langem, Selbständige in die Sozialkassen einzubinden – allerdings zu Beitragssätzen, die auch dem tatsächlichen Einkommen entsprechen ([↗ Flugblatt unseres Arbeitskreises „Solo-Selbständige“](#) zum Landesparteitag 2011, PDF, 167 kB). Die drohende Altersarmut vieler Selbständiger muss verhindert werden!

#### Von der Leyens Vorschläge sind untauglich!

Dazu erklärt in einer Presseerklärung vom 21.03.2012 die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Elke Ferner:

*Einmal mehr bleibt sich die schwarz-gelbe Koalition treu: Die Probleme werden nicht gelöst, sondern vergrößert. Mit der vorgesehenen Regelung wird die gesetzliche Rentenversicherung nicht gestärkt sondern geschwächt. Bisher Pflichtversicherte werden unter dem Deckmantel der „Freiheit“ aus der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung entlassen und sollen künftig auch ausschließlich privat für ihr Alter vorsorgen können. Das schwächt die gesetzliche Rentenversicherung und es schwächt die Solidarität zwischen den Versicherten. Bei einer privaten Vorsorge werden Frauen für die gleiche Rentenhöhe mehr bezahlen müssen als Männer, Ältere mehr als Jüngere, Menschen in Beru-*

*fen mit hohem Erwerbsminderungsrisiko mehr als Menschen in Berufen mit einem geringeren Risiko.*

*Offenbar war es der schwarz-gelben Koalition wichtiger, die Renditeerwartungen der privaten Versicherungswirtschaft zu bedienen als endlich das Armutsrisiko bei Selbständigen durch die Einbeziehung in die gesetzliche Rentenversicherung zu senken und die Absicherung im Fall der Erwerbsminderung zu verbessern.*

*Die SPD will langfristig die gesetzliche Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung, in der alle versichert sind, weiterentwickeln. In einem ersten Schritt sollen alle Selbständigen, die nicht in einem der gesetzlichen Rentenversicherung vergleichbaren System, zum Beispiel berufsständische Versorgungswerke, versichert sind, nach einer entsprechenden Übergangsfrist in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden.*

*Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung und die Solidarität stärken. Die schwarz-gelben Vorschläge führen zu Risikoselektion und schwächen die gesetzliche Rentenversicherung.*

Auch die Mittelstandsorganisation der CDU (MIT) übt in einer Presseerklärung vom 22.3.2012 vernichtende Kritik. Dr. Josef Schlarmann, Bundesvorsitzender der MIT:

*„Das Konzept der Zuschussrente ist unsystematisch, da es sowohl durch Beiträge, als auch mit Steuermitteln finanziert werden soll. Es muss weiterhin der sozialpolitische Grundsatz gelten, dass Fürsorgeleistungen aus Steuern finanziert werden.“*



# SOZIALVERSICHERUNG

## Arbeitskreis „Solo-Selbständige“

### Diskussionspapier zur sozialen Problematik

**Die Zahl der Soloselbständigen nimmt stetig zu – trotz oder wegen der wirtschaftlichen Situation in Deutschland. Gleichzeitig vergrößern sich ihre sozialen Probleme: immer mehr Soloselbständige können sich keine dringend nötige Kranken- und Pflegeversicherung leisten und zahlen zudem nichts für eine Altersversorgung.**

**Die Folgen zeigen sich oftmals erst nach Jahrzehnten: ältere Menschen werden häufiger krank als jüngere, und ohne ausreichende Altersversorgung lebt man/frau später von der Grundversicherung auf Sozialhilfeniveau.**

Der Schritt in die Soloselbständigkeit ist nicht immer freiwillig: immer öfter werden abhängig Beschäftigte von ihren Arbeitgebern „ausgelagert“ und mittels Werkverträgen weiter „beschäftigt“ – zu schlechteren Bedingungen bei gleichzeitig höheren Kosten des jetzt „selbständig“ Tätigen. Viele scheitern nach kurzer Zeit und müssen Insolvenz anmelden.

Und wer bewusst die Selbständigkeit wählt, hat seit Anfang 2012 keinen Anspruch mehr auf einen Gründungszuschuss der Arbeitsagentur. Diese Leistung wurde zu einer Kann-Bestimmung und steht somit im Ermessen des jeweiligen Sachbearbeiters.

Praktisch sieht es seit Januar 2012 so aus, dass Gründungswilligen die Förderung versagt wird mit der Begründung, sie seien vermittelbar, oder Ihnen die Anträge auf Gründungszuschuss nicht ausgehändigt werden, mit der Begründung, der Antrag wür-

de sowieso abgelehnt. Im Februar 2012 ist mit dieser Strategie die Zahl der geförderten Existenzgründer im Vergleich zum Vorjahr um 82 % zurückgegangen! So werden viele – insbesondere junge – Menschen gehindert, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten in Dienstleistungen und Erzeugnisse umzusetzen. So sieht also die Zukunft Deutschlands aus der Perspektive der CDU-/FDP-Koalition aus!

Die AGS unterstützt ausdrücklich die auf dem SPD-Bundesparteitag 2011 beschlossene Bürgerversicherung im Bereich der Kranken- und Pflegeversicherung. Ziel der Bürgerversicherung ist die Integration auch von Selbständigen in die allgemeine Kranken- und Pflegeversicherung zu Beiträgen, die den tatsächlichen Einnahmen der Selbständigen entsprechen.

Die AGS befürwortet weiter eine obligatorische Altersversicherung für alle Selbständigen, z. B. unter dem Dach der gesetzlichen Rentenversicherung. Wer sich bislang schon um seine Altersversorgung gekümmert hat, kann entscheiden, ob er diese fortführen oder in die neue Altersversorgung wechseln will. Die Beiträge für diese neue Altersversorgung müssen sich

an den Einnahmen der Selbständigen orientieren, nicht an fiktiven „Bezugsgrößen“. Wer mehr leisten will, kann dies tun. Bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze kann eine subventionierte Lösung ähnlich wie das System der Künstlersozialkasse entwickelt werden, da die einkommenssteuerermindernde Basisrente (=Rürup) für Selbständige mit geringem Einkommen weder finanzierbar ist, noch steuerliche Vorteile hat.

Die AGS NRW fordert daher

1. die Wiedereinführung des Anspruchs auf einen Gründungszuschuss der Arbeitsagentur als Pflichtleistung.
2. einen einkommensabhängigen Betrag für Selbständige in der Kranken- und Pflegeversicherung, auch im Rahmen der Bürgerversicherung, aber auch schon vor deren Einführung.
3. die Einbeziehung der Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung zu einem einkommensabhängigen Beitrag, den auch Selbständige mit geringem Einkommen aufbringen können. <

**SOLO-SELBSTÄNDIGE**

Für eine Diskussion steht auch der neue Arbeitskreis „Solo-Selbständige“ zur Verfügung.

Alle Infos im Netz unter [www.ags-in-nrw.de](http://www.ags-in-nrw.de) und in unserer [PDF-Broschüre](#) (10 Seiten, 628 kB).



Die so genannten „kleineren“  
Arbeitsgemeinschaften in der SPD.

# WAHLKAMPF IN NRW

## Landtagswahl in NRW am 13. Mai

### Die AGS ist dabei!

Den Wahlkreis Coesfeld II möchte **André Stinka**, stellvertretender Vorsitzender der AGSNRW wieder im Landtag vertreten. Wir haben seine Webseite [www.andre-stinka.de](http://www.andre-stinka.de) besucht. **Christiane Breuer**, ebenfalls stellvertretende Vorsitzende der AGS und Mitglied im AGS-Bundesvorstand, bemüht sich in Köln um die Aufstellung als Landtagskandidatin. Wir wünschen viel Erfolg bei Euren Bewerbungen!



André Stinka

turschutz, Landwirtschaft und leitete dort den Arbeitskreis der SPD-Abgeordneten. Damit war ich auch Sprecher der SPD-Fraktion für diese Themenbereiche, zu denen zusätzlich noch der Verbraucherschutz gehört. Außerdem habe ich im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie gearbeitet und habe versucht, dort die Themen Umwelt/Klima mit der Wirtschaft zu verknüpfen.

Ich bin ihr bisheriger SPD-Abgeordneter für den Kreis Coesfeld im Landtag von Nordrhein-Westfalen und der Umwelt- und Klimaschutzpolitische Sprecher der bisherigen SPD-Fraktion.

Am 13. Mai 2012 wird der Landtag NRW neu gewählt. Ich bewerbe mich bei Ihnen erneut um ein Mandat, um die Interessen des Kreises Coesfeld in Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu vertreten.

Seit dem Jahr 2005 bin ich Mitglied des Landtags NRW gewesen und arbeitete dort bis zum 14. März 2012 besonders in den Bereichen Klimaschutz-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik.

Meine politisches Engagement bewegt sich dabei immer zwischen Idealen, die es zu erreichen gilt und pragmatischen Lösungsansätzen.

Im Landtag war ich Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Na-

turschutz, Landwirtschaft und leitete dort den Arbeitskreis der SPD-Abgeordneten. Damit war ich auch Sprecher der SPD-Fraktion für diese Themenbereiche, zu denen zusätzlich noch der Verbraucherschutz gehört. Außerdem habe ich im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie gearbeitet und habe versucht, dort die Themen Umwelt/Klima mit der Wirtschaft zu verknüpfen.

Seit 1985 ist meine politische Heimat die SPD. In meiner Heimatstadt Dülmen und im Kreis Coesfeld habe ich bereits in unterschiedlichsten politischen Funktionen und Ämtern gearbeitet, bzw. arbeite auch heute noch in einigen davon. So bin ich der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Kreistag von Coesfeld und in meiner Partei der Vorsitzende im Kreis Coesfeld – bzw. im Unterbezirk Coesfeld, wie sich das in der SPD genau nennt. Von 2004 bis 2009 war ich stellvertretender Landrat.

## NRW im Herzen

Christiane Breuer, ebenfalls stellvertretende Vorsitzende der AGSNRW und Mitglied im AGS-Bundesvorstand, bemüht sich in Köln um die Aufstellung als Landtags-Kandidatin. Ihre Bewerbung wird auch von Kolleginnen und Kollegen in der AGS unterstützt:



Christiane Breuer

*Liebe Christiane,*

*ich unterstützte Deine Bemühungen um die Aufstellung in einem Kölner Wahlkreis als Kandidatin bei der Landtagswahl.*

*Wir haben in NRW viele Bewerber für den Landtag, deren Kompetenzschwerpunkt im sozialen Bereich liegt. Es fehlt aber an ausgewiesenen Finanzfachleuten.*

*Du könntest eine echte Bereicherung für den nächsten Landtag werden, so wie Du mit Deinen über die AGS hinaus geschätzten Beiträgen zum Finanz- und Bankenthema einen überaus wertvollen Beitrag für die Arbeit der AGSNRW und der Bundes-AGS leistest.*

*Viel Erfolg!*

*Dipl.-Ing. André Brümmer  
Landesvorsitzender der AGSNRW  
Mitglied im AGS-Bundesausschuss*

## SPD Sundern, OV Röhrtal & AGSNRW Wirtschaftspolitisches Gespräch mit Garrelt Duin

NORDRHEIN-  
WESTFALEN

**AGS**

**SELBSTÄNDIG. VERANTWORTLICH. SOLIDARISCH.**  
Die „Arbeitsgemeinschaft Selbständige“ in NRW.

# EINLADUNG

zum  
**Wirtschaftspolitischen  
Gespräch** der SPD Sundern mit  
**Garrelt Duin** (Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion)

**Vorwort des SPD-OV Röhrtal:**

In unserer traditionell durch Mittelständische Industrie geprägten Region ist es dringend nötig, neben ehrgeizigen touristischen und ökologischen Zielen den Industriesektor nicht zu vernachlässigen. Gerade dieser ist Motor für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Mit schlüssigen Konzepten und einer Wirtschaftsförderung nach Maß können so essentielle Standorte und Arbeitsplätze dauerhaft gesichert werden.

**Wir möchten mit Ihnen ins Gespräch kommen!**



Wir freuen uns besonders, den **Wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Garrelt Duin**, Mitglied des SPD-Präsidiums sowie Sprecher des Seeheimer Kreises, in Sundern begrüßen zu dürfen. Wir würden uns freuen, wenn Sie anschließend von der Möglichkeit Gebrauch machen, mit den Referenten ins Gespräch zu kommen!

Wir freuen uns auf einen interessanten gemeinsamen Abend mit Ihnen!

Mit herzlichen Grüßen aus dem Sauerland  
**Magnus Bende**  
SPD Ortsverein Röhrtal

**Montag, 16. April 2012  
ab 18:15 Uhr  
Sunderland Hotel  
Rathausplatz 2, 59846 Sundern**

**Vorwort der AGS Nordrhein-Westfalen:**

Die „Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD“ (AGS) vertritt allein in Nordrhein-Westfalen etwa 6.000 selbständig tätige Mitglieder in über 20 Unterbezirken und Kreisen unseres Landes. In einigen Regionen, vor allem im Ruhrgebiet, existieren AGS-Gliederungen fast flächendeckend. In zwei weiteren Regionen, namentlich in Ostwestfalen-Lippe und im Sauerland, sind wir bisher noch nicht vertreten.

**Das wollen wir ändern!**

Deshalb freuen wir uns sehr über die Einladung des Ortsvereins Röhrtal und die Gelegenheit, uns im Rahmen dieser Veranstaltung kurz vorstellen zu können und für die **Gründung einer AGS im Hochsauerlandkreis** zu werben!

Da die „Arbeitsgemeinschaft Selbständige“ partei-offen arbeitet, richtet sich diese Einladung *auch* an (wirtschafts-)politisch interessierte Selbständige, Handwerker, Freiberufler und Mittelständler, die *nicht* Mitglied der SPD sind. Auch Mitglieder des AGS-Landesvorstands werden im Anschluss an die Veranstaltung für Gespräche zur Verfügung stehen.

Mit besten Grüßen  
**André Brümmer**  
Landesvorsitzender der AGSNRW

Die nächste Ausgabe der AGS:NACHRICHTEN erscheint Ende April, Redaktionsschluss ist **Freitag, der 20.04.2012**. Artikel, Terminhinweise, Fotos/Grafiken und Leserzuschriften bitte an die Adresse [redaktion@ags-in-nrw.de](mailto:redaktion@ags-in-nrw.de) senden.

NORDRHEIN-  
WESTFALEN

**AGS**

**SELBSTÄNDIG.  
VERANTWORTLICH.  
SOLIDARISCH.**

**Die AGS in NRW.**

## Termine Was ist wann los in NRW?

### April 2012

**Mo., 16.04.2012, ab 18:15 Uhr**

**SPD Sundern, OV Röhrtal & AGSNRW**

- Die SPD Sundern lädt gemeinsam mit der AGSNRW zum „**Wirtschaftspolitischen Gespräch**“ mit Garrelt Duin, Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Sprecher des Seeheimer Kreises, herzlich ein. Programmablauf und weitere Details auf unserer Webseite (s. u.).

*Sunderland-Hotel, Rathausplatz 2, 59846 Sundern*

### Mai 2012

**Fr., 18.05.2012, ab 18:15 Uhr**

**AGS Köln, AGSNRW & ASG NRW**

- Gemeinsame Veranstaltung zum Thema „**Bürgerversicherung**“, u. a. mit Dr. Karl Lauterbach MdB und Dr. Matthias Albrecht, Vorsitzender der ASG NRW.

*SPD Köln, Parteihaus, Magnusstr. 18b, 50672 Köln*

### Juni 2012

**Fr./Sa., 08./09.06.2012**

**AGS Bund**

- Ordentliche AGS-Bundeskonferenz  
*Willy-Brandt-Haus, Berlin*

Alle aktuellen Veranstaltungshinweise auf unserer Webseite:

► [www.ags-in-nrw.de/termine.htm](http://www.ags-in-nrw.de/termine.htm)

Bis zur nächsten Ausgabe!

**André Brümmer**

Vorsitzender der AGSNRW

**Impressum:** Die AGS:NACHRICHTEN erscheinen monatlich und werden herausgegeben vom Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft Selbständige in Nordrhein-Westfalen (AGSNRW). Der kostenlose Versand erfolgt ausschließlich per E-Mail/PDF-Datei an AGS-Mitglieder und sonstige Abonnenten. Weitere Informationen zum Abo sowie Download älterer Ausgaben unter [www.ags-in-nrw.de/newsletter.htm](http://www.ags-in-nrw.de/newsletter.htm). Zur Kündigung reicht eine formlose E-Mail an [kuendigen@ags-in-nrw.de](mailto:kuendigen@ags-in-nrw.de).  
**Redaktion:** André Brümmer ([andre.bruegger@ags-in-nrw.de](mailto:andre.bruegger@ags-in-nrw.de)) und Michael Henke ([michael.henke@ags-in-nrw.de](mailto:michael.henke@ags-in-nrw.de)). **Kontakt:** SPD-Landesverband NRW, Kavalleriestraße 16, 40231 Düsseldorf, Tel.: (0211) 13622-315, Fax: (0211) 13622-5315.